

Krisenkonstellation und Innovationsverpflichtung

Der Kern des Politischen an den Rändern des Politikbetriebs

Jörn Lamla

(Vortrag bei der Frühjahrstagung der Sektion „Politische Soziologie“ der DGS in München, 3.-4. Februar 2005, zum Thema: „Der Begriff des Politischen“)

1. Einleitung: Das Politische an den Rändern des Politikbetriebs

Wer sich als politischer Soziologe oder politische Soziologin vorwiegend an den Rändern des Politikbetriebs aufhält, sieht sich schnell dem Vorwurf ausgesetzt, nicht mehr über das eigentlich Politische zu forschen und zu sprechen. Dies wird häufig dadurch halb eingestanden, halb kaschiert, dass dem Begriff des Politischen ein Zusatz vorangestellt wird, etwa sub-, mikro-, proto-, bio- oder – um an eine Veranstaltung dieser Sektion zu erinnern – parapolitisch. Da ich mich im Rahmen meines Habilitationsprojektes mit Fragen des Konsums, der Alltagskultur und der biographischen Lebensführung beschäftige und nun meinerseits der riskanten These nachgehen möchte, dass sich in diesen „Randregionen“ deutlich Spuren des Politischen abzeichnen, möchte ich die Gelegenheit nutzen, mir zunächst über den *Begriff* des Politischen Klarheit zu verschaffen, auf den ich diese Vermutung stütze. Diese Rechenschaftslegung scheint mir nicht zuletzt deshalb dringlich, weil diese Spuren des Politischen meiner unbescheidenen Intuition nach durchaus zum *Kern* des Politischen gehören. M.a.W. vermute ich, dass wir das Politische auch in seinem Kern nicht mehr angemessen begreifen können, wenn wir den Blick nicht auf die Ränder des Politikbetriebs richten.

Ich werde im Folgenden aber nicht oder kaum über diese Ränder sprechen. Das hat zum einen mit Zeitknappheit zu tun, zum anderen aber auch systematische Gründe. So ist die Versuchung groß, die These zunächst durch Auflistung von allerhand empirischen Beispielen zu untermauern zu versuchen, die auf Spuren des Politischen im Konsum, bei den Konsumenten, in den konsumkulturell angefärbten Kontexten ihrer alltäglichen Lebensführung usw. hinweisen. Methodisch geboten ist jedoch der genau umgekehrte Weg: Ich kann meine Vermutungen nur wissenschaftlich unter Bewährungsstress setzen, wenn ich mich zunächst ohne Hintergedanken dem Begriff des Politischen von seinem Kern her zuwende.

2. Der Begriff des Politischen

Ich möchte also einen Vorschlag für die begriffliche Bestimmung des *Kerns des Politischen* machen und anschließend diesen Begriff bezogen auf die fortgeschrittene Moderne näher zu

bestimmen versuchen. Ich schlage vor, das Politische als symbolische Verankerung und kommunikative Wirkungsweise einer *Innovationsverpflichtung* zu bestimmen, die aus *gesellschaftlichen Krisenkonstellationen* resultiert und auf diese auch unmittelbar praktisch bezogen ist. Seine wichtigste Referenz in der klassischen politischen Soziologie findet dieser Vorschlag – neben der kritischen Theorie – in Max Webers Begriff des Charismas, wobei hier nicht die Bindung an die „Führerpersönlichkeit“ im Vordergrund stehen soll, sondern die bei Weber im Begriff der „Versachlichung“ des Charismas (nicht zu verwechseln mit „Veralltäglichung“) angedeutete Betrachtungsweise, die es gestattet, den Innovationsverpflichtungen auch in unpersönlichen institutionellen und kulturellen Ordnungen von Politik und Gesellschaft nachzuspüren. Die Charismatisierungen, die für innovative Krisenlösungen unvermeidbar sind, werden gewissermaßen im dezentrierten gesellschaftlichen Kommunikationszusammenhang aufgesucht, was freilich nicht ausschließt, dass sie darin auch in Gestalt neuer Propheten auftreten.

Wesentlich für diesen Begriff des Politischen ist die offene und dadurch erst echte Entscheidungskonstellation, die mit dem Begriff der Krise bezeichnet wird und das Politische als strukturell verankerten Innovationsdruck dechiffriert. Denn die Krise ist definitionsgemäß gerade durch die Abwesenheit von Entscheidungsroutrinen und klaren Präferenzordnungen gekennzeichnet. Diese geraten in der Krise ins Stocken. Eine Überwindung der Krise ist daher immer nur in einem Entscheidungsmodus möglich, bei dem rationale Begründbarkeit und Legitimierbarkeit zunächst ungeschützt in Anspruch genommen, also riskiert werden müssen. Erst in einer zweiten Phase der Rekonstruktion können diese Ansprüche eingelöst werden, dann nämlich, wenn sich die Entscheidung als praktische Krisenlösung bewährt hat. Ich folge hier Ulrich Oevermann (1991), der die sozialen Orte des Neuen, die gesellschaftliche Innovations- und Lernfähigkeit, mittels Analyse sozialer Krisenkonstellationen einkreist. Innovationen kommen nach Oevermann dadurch zustande, dass bislang nicht genutzte, objektive Möglichkeiten des Handelns und Entscheidens zur Lösung einer Krise mobilisiert werden, wobei „(die) Krisenkonstellation [...] das spezifisch konstellierte Filter [bildet], durch das diese Möglichkeiten in die Praxis abfließen können“ (Oevermann 1991: 321).

Insofern die gesellschaftlichen Krisenkonstellationen sowohl hinsichtlich ihrer Verteilung von Handlungsressourcen als auch ihrer kollektiven Deutungen historisch vorstrukturiert sind, ist für die Soziologie auch der gesellschaftliche Ort des Politischen kein Mysterium, sondern der empirischen Analyse zugänglich. Die Untersuchung, wie und wo Innovationsverpflichtungen in der Gesellschaft symbolisch verankert und kommunikativ repräsentiert werden, bietet einen möglichen Ausgangspunkt. Beispielhaft kann auf einen heuristischen Vorschlag von Claus

Leggewie (1994) verwiesen werden, der vier „politische Innovationsagenturen“ der modernen Gesellschaft unterschieden hat, von denen zwei dem politischen Zentrum zuzurechnen seien – Reformbürokratien und charismatische Führer – wohingegen die Soziale Bewegung und die Intellektuellen an dessen Peripherie operierten. Diese Innovationsagenturen seien allerdings gegenwärtig gehemmt, also selbst in oder Teil der Krise. Das könnte nun darauf hinweisen, dass für die gegenwärtige Phase der Moderne die gesellschaftliche Krisenkonstellation und damit der Kern des Politischen mit einer solchen Heuristik nicht mehr zureichend erfasst werden können. Folglich müssen erneute Anstrengungen unternommen werden, diese Konstellation empirisch zu erfassen (u. a. anhand der Leidensdrücke und Verschiebungen in der Artikulation und Repräsentation von Innovationspflichten). Bevor ich dazu komme, möchte ich noch zwei Präzisierungen vornehmen, um Missverständnissen vorzubeugen.

Die erste Präzisierung betrifft den Einwand, dass doch auch Routinen in Politik und Verwaltung an der Tagesordnung seien. Das ist ohne Frage richtig, betrifft aber nicht das, was hier als Kern des Politischen den Begriff bestimmen soll. Vom Begriff des „Politischen“ soll das bürokratische Handeln, die Problemlösung durch Routineexekution oder der Normalmodus von Politik (vgl. Habermas 1992) klar unterscheidbar bleiben. Das Politische endet nicht, wenn die Sachwalter mit ihrem „Latein“ am Ende sind, sondern beginnt erst in offenen Krisenkonstellationen.

Sodann stellt sich aber die Frage, ob alle praktischen Entscheidungen, die auf offene Krisenkonstellationen reagieren und in denen eine gewisse Innovationsverpflichtung wirkt, politisch sind. Die Antwort ist eindeutig: nein! Im unternehmerischen Handeln ist ebenso eine Innovationsverpflichtung wirksam wie in Kunst und Wissenschaft oder in den professionalisierten Berufszweigen, die es mit Problemen einer „stellvertretenden Krisenbewältigung“ zu tun haben (etwa in der Rechtspflege oder in therapeutischen Berufen). Durch den Vergleich dieser Praxisformen lässt sich der Kernbereich des Politischen weiter eingrenzen (vgl. Tab. 1). In Feldern einer professionalisierten Krisenintervention steht das Berufsethos für ein bereits versachlichtes Charisma (vgl. Seyfarth 1989). Das Handeln ist hier auf eine sachrationale Grundlage angewiesen, die eine *routineförmige Berufspraxis* ermöglicht und auf Dauer stellt. Demgegenüber ist das Politische in seinem Kern durch Abwesenheit wissenschaftlicher Fundamente der Routineexekution gekennzeichnet. Dies wiederum trifft auch auf das unternehmerische Handeln zu, das ebenso permanent dem Risiko des Scheiterns ausgesetzt ist und sich wie das politische je fallbezogen von Krisenbewältigung zu Krisenbewältigung handeln muss. Der Unterschied ist hier gleichwohl, dass es beim unternehmerischen Handeln um den riskanten Einsatz von privaten Kapitalien geht, wohingegen die Entscheidungsbildung und Durchset-

zung von Innovationen in Stellvertretung für ein Kollektiv oder eine Gemeinschaft das Feld des Politischen bestimmt. Im Politischen steht mithin „die praktische Bewältigung einer Umbruchphase der gesellschaftlichen Ordnung selbst“ im Vordergrund (Oevermann 1997: 90).

Tabelle 1: Typologie von Strukturorten der Innovationsverpflichtung (vgl. Oevermann 1997)

	Routine, professionalisierte stellvertr. Krisenbewältigung	Krise als Normalfall
Fokus: Privatsubjekt	therapeutische Praxis	unternehmerisches Handeln
Fokus: Gesellschaft	Rechtspflege	politisches Handeln

3. Gesellschaftliche Krisenkonstellation und politische Innovationsverpflichtung in der fortgeschrittenen Moderne

Ich stütze mich in meiner Skizze zur politischen Krisenkonstellation der fortgeschrittenen Moderne (s. Tab. 2 im Anhang) auf die Arbeit von Peter Wagner (1995), der die gegenwärtige Umbruchphase durch den Übergang in eine „erweiterte liberale Moderne“ nach der Krise der „organisierten Moderne“ gekennzeichnet sieht. Die organisierte Moderne steht für eine Phase der historischen Schließung in West wie Ost, die auf Prinzipien der repräsentativen Interessenvertretung, der wohlfahrtsstaatlichen Regulierung von wirtschaftlichen Prozessen, einem Kanon relativ stabiler Konventionen usw. beruhte, aber bekanntermaßen nicht von Dauer war. Für die Analyse des Wechsels von historischer Schließung und erneuter krisenhafter Öffnung der Moderne untersucht Wagner jeweils drei gesellschaftliche Sektoren: den Bereich der Politik, den Bereich der Ökonomie und den Bereich der Kultur. Diese Auswahl ist m.E. nicht zufällig. Vielmehr lässt sich anhand der *Spannungen und Widersprüche zwischen diesen Sektoren* die *Krisenkonstellation des Politischen* genauer bestimmen. Sie ist durch die Grenzen der verfügbaren politischen Handlungsmittel gekennzeichnet, die im Wesentlichen auf das Medium der positiven Rechtsetzung beschränkt sind, dem rechtliche Unverfügbarkeiten der institutionellen Entwicklungsdynamik in Raum und Zeit (exemplarisch ablesbar an der globalen Finanzwirtschaft) und der kulturellen Geltungslogik (exemplarisch ablesbar an Problemen der Identitätsbildung) gegenüberstehen.

Auch Bernhard Peters hat diese zweiseitige Krise des Politischen ausgehend von seiner Analyse des liberalen Rechts treffend beschrieben: „Der Rahmencharakter des liberalen Rechts macht deutlich, daß die Vernünftigkeit sozialer Beziehungen nicht allein durch das Recht garantiert werden kann. (...) Es gibt eine bewußte, kollektive Selbstgesetzgebung – aber die gibt

nur einen äußeren Rahmen des Zusammenlebens vor, der angewiesen bleibt auf andere Formen kollektiver Vernunft im Sinne vernünftigen kollektiven oder sozialen Handelns *und* auf die ‚objektive‘ Vernunft einer ‚spontanen‘ sozialen Ordnung, wie sie exemplarisch durch das Marktmodell dargestellt wird. Nichts garantiert, daß diese komplementären Vergesellschaftungsmechanismen auch funktionieren (...)“ (Peters 1991: 72, Hervorh. im Original).

Fragt man nun weiter, wo z.B. in der Gesellschaft politische Innovationsverpflichtungen repräsentiert werden, die auf diese Krisenkonstellation bezogen sind, so lässt sich für die Bundesrepublik zunächst sehr deutlich die Entstehung und Geschichte der grünen Partei als ein solcher Ort der politischen Charismatisierung von Innovationspflichten rekonstruieren (vgl. Lamla 2002, insbes. S. 31ff. sowie Lamla 1998). Für die Grünen ist die Krise der organisierten Moderne gewissermaßen konstitutiv. Die Ligaturen ihres politischen Projektes in den 1980er Jahren, die von Raschke (1995) und Kitschelt (1989) übereinstimmend und m.E. zutreffend als links, ökologisch und libertär bestimmt worden sind, können als direkte Reaktionen auf die skizzierte Krisenkonstellation gelesen werden. Die Grünen vertreten damit in der Gesellschaft eine *kollektive Krisendeutung*, die als wichtiger Bestandteil der Krise selbst auch die Richtung der Innovationen bereits vorfiltert. So wird in einer ersten Phase eine Reihe von latenten Antwortoptionen der gesellschaftlichen Praxis mobilisiert, um auf die politischen Herausforderungen zu reagieren: In der Tradition der Arbeiterbewegung zielt die Partei auf eine Ausweitung und kreativere Nutzung der rechtsstaatlichen Gestaltungsmittel, daneben werden die Zeithorizonte der gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik unter ökologischen Gesichtspunkten verschoben und mit alternativen Wachstumsmodellen konfrontiert, die nicht zuletzt auch auf kulturellen Entwürfen einer Bewegungskultur aufbauen, die mit alternativen Lebensformen, Praktiken des zivilen Ungehorsams und Graswurzelpolitik Ansprüche vernünftiger kollektiver Selbstbestimmung jenseits des Staates verankern.

Diese spezifische historische Ausprägung von politischen Innovationsverpflichtungen stellt gleichwohl zunächst nur Rohmaterial für die politische Krisenbewältigung bereit. Wie Pierre Bourdieu (1988: 254ff.) am Beispiel des Pariser Mai 1968 schön rekonstruiert hat, besitzt der „kritische Moment“ in der Gesellschaftsgeschichte mehrere Phasen. Gesellschaftliche Transformationen durch politische Krisenbewältigung können sich über Jahrzehnte, vermutlich auch noch länger, erstrecken und von Phasen der Latenz durchzogen sein. Die sozial bewegten 1970er und grünen 1980er Jahre stehen demnach noch für die Phase der erneuten historischen Öffnung des Projekts der Moderne. Die Krisendeutung ist zunächst äußerst vielstimmig und geprägt vom Ringen der heterogenen Faktionen. Eine vorläufige Schließung erfährt die Krisenkonstellation der erweiterten liberalen Moderne hierzulande erst Mitte der 1990er Jah-

re, ironischerweise durch einen programmatisch aus- und umgearbeiteten Re-Import der grünen Krisendeutung, nämlich durch die Politik des „Dritten Weges“ einer erneuerten Sozialdemokratie, die schon bei den „New Democrats“ unter Clinton vorgezeichnet ist, aber vor allem mit dem Wahlsieg Tony Blairs in Großbritannien jene Strahlkraft gewinnt, die sich auch die bundesdeutsche Sozialdemokratie unter Schröder zu nutze machen will. Giddens hat in seinen ersten Ideenskizzen an die Adresse von New Labour offen gesagt, dass sich seine Vorschläge um Themen drehen, die von der „green political theory“ auf die Agenda gebracht worden sind (vgl. 1996: 249; 1998; Lamla 2003a). Die relative Schließung in der politischen Krisendeutung gelingt dem Dritten Weg, weil zum einen die Grenzen politischer Steuerung reflexiv gehandhabt werden, indem die raum-zeitlichen und kulturellen Unverfügbarkeiten anerkannt werden – als Herausforderungen der Globalisierung und als Angewiesenheit auf das Entgegenkommen einer Zivilgesellschaft. Hinzu kommt zum anderen eine Generalisierung der Ligaturen – übrigens auch bei den Grünen selbst –, so dass vorerst unter den allgemeineren Wertgesichtspunkten der sozialen Gerechtigkeit, der Nachhaltigkeit und der zivilen Bürgerkultur genügend *machtstrategische Spielräume für die kollektive Entscheidungsfindung und -durchsetzung* gewonnen sind (vgl. auch Lamla 2003b).

Gegenwärtig befinden wir uns demnach in einem *Entwurfsstadium* für eine erneute Schließung der Moderne. Ob sich die politisch durchgesetzten Entscheidungen als Bewältigung jener Krisenkonstellation der erweiterten liberalen Moderne tatsächlich bewähren und die reklamierten Legitimationsansprüche der Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Zivilität auch plausibel einlösen können, steht noch aus. Bevor ich zum Schluss ganz kurz auf die Eingangsfrage zurückkomme, inwiefern in der gegenwärtigen Bewährungskonstellation die Innovationspflichten an die Ränder des Politikbetriebs wandern und dort insbesondere die Bürgerkultur mit widersprüchlichen Zumutungen überziehen, lassen Sie mich kurz auf das Kritische in diesem Theoriedesign eingehen. Für diesen Begriff des Politischen ist ja die Differenz von Theorie und Praxis konstitutiv. Das Politische ist die Angelegenheit einer krisenhaften Praxis, die ins Unbestimmte hinein entscheiden muss, ohne die mit der Entscheidung verbundenen Legitimationsansprüche vollständig und auf der Grundlage wissenschaftlicher Rationalität vorweg einlösen zu können. Sonst könnten gleich die Experten entscheiden. Die wissenschaftlichen Experten sind aber nur Experten, weil sie vom politischen Entscheidungsdruck entlastet sind und sich auf Geltungsbegründung konzentrieren können. Deshalb gilt es einen Unterschied zu beachten, zwischen einer *kritischen Theorie*, die nicht beanspruchen sollte, letzte Begründungen für politische Entscheidungen beisteuern zu können, und einer *intellektuellen Praxis*, die sehr wohl die Ansprüche der sozialen Gerechtigkeit, der Nachhaltigkeit und der Zivilität kri-

tisch aufgreifen, ausdeuten und daraus folgende politische Innovationspflichten öffentlich kommunizieren kann, die sich dabei aber nicht mit Wissenschaft verwechseln sollte.

Was kritische Sozialwissenschaft aber beitragen kann, ist Unterstützung bei der Rekonstruktion der Krisenkonstellation und bei der Aufdeckung ungenutzter Möglichkeiten. So verfügt die gesellschaftliche Praxis in den drei Dimensionen ihrer spätmodernen Krisenkonstellation bereits über Modelle der Krisenlösung in Gestalt einer professionalisierten Berufspraxis. Diese Modelle verankern als versachlichtes Charisma praktische Rationalitätsstandards, die als Reflexionshorizont für politische Entscheidungsprogramme im Namen von Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Zivilität in Anschlag gebracht werden können – gewissermaßen als normativer Gehalt der Moderne, der sich gegen Versuche seiner politischen Unterbietung mobilisieren lässt.

Das Argument wird deutlicher, wenn auch die jeweiligen Gegenmodelle berücksichtigt werden. Denn in den politischen Leitgesichtspunkten der Gerechtigkeit, der Nachhaltigkeit und der Zivilität können sich jene Regierungstechniken und Ökonomien der Macht einnisten, auf die Michel Foucault (2000) hingewiesen hat. So liegen die Dispositive der Souveränität, der Sicherheit und des Subjekts ebenfalls genau auf den drei Problemdimensionen, in denen das Politische nach neuen Antworten suchen muss: Im „Gerechtigkeitsstaat“ werden die Gesetze fokussiert, um die Souveränität staatlicher Herrschaft zu festigen; im „Regierungsstaat“ werden die rechtlich unverfügbaren, nur in Größen bevölkerungsstatistischer Regelmäßigkeit fassbaren Massen und „Ströme“ fokussiert, um unter dem Dispositiv der Sicherheit gouvernementale Führung, d.h. Kontrolle über Raum und Zeit zu erlangen; schließlich fokussiert der „Verwaltungsstaat“ die Techniken des Selbst, um das formbare Subjekt zu disziplinieren.

Demgegenüber verankern die professionalisierten Berufe einen Typus von praktischer Rationalität, der sich diesen Machtformen versperrt. Advokatorische Verfahren in der Rechtspflege oder therapeutische Arbeitsbündnisse subsumieren den Fall einer problematisch gewordenen Praxis nicht einfach unter die jeweilige sachrationale Geltungsgrundlage – also etwa therapeutisches Wissen oder formale Gesetzestexte –, sondern versprechen zumindest dem normativen Ideal nach eine fallsensible Vermittlung. In diesem Versprechen wurzelt ihr charismatischer Gehalt. Und weil Wissenschaft und Kunst als praxisenthobene Methoden der Erkenntnisgewinnung neues Wissen über Risiken und Handlungschancen prophylaktisch erzeugen, sichern sie weniger den Status quo als die gesellschaftliche Fähigkeit, sich auf die Offenheit von Zukunft einzulassen.

4. Schluss: Hypothesen zur bürger- und konsumkulturellen Randlage der politischen Innovationspflichten

Das Politische – so möchte ich schließen – ist also vor dem Hintergrund seiner Krisenkonstellation in der fortgeschrittenen Moderne gar nicht angemessen zu erfassen, wenn nicht auch die raumzeitlichen und kulturellen Ränder des staatlichen Politikbetriebs einbezogen werden. Diese Ränder, so lautet meine These, reichen auf der Seite der Bürgerkultur heute so weit in die Kontexte der alltäglichen und biographischen Lebensführung hinein, dass selbst die Konsumpraktiken betroffen sind. Ausgehend von der Skizze der politischen Krisenkonstellation formuliere ich nur noch drei Hypothesen, die diesen Randbereich betreffen:

a) Vom staatlichem Politikbetrieb zur Bürgerkultur findet eine Verschiebung von Innovationspflichten statt, die z.T. normativ am Anspruch eines *Arbeitsbündnisses* orientiert ist (aktivierende Verbraucherpolitik), die aber auf *Disziplinierung* hinauszulaufen droht, wo die gesellschaftliche Krisenlast allein der *privatökonomischen* Initiative überantwortet wird (der Bürger wird zum Kunden und zum „unternehmerischen Selbst“), ohne die *kollektive* Autonomie der Bürgergemeinschaft (Demokratie) zu stärken.

b) Die raumzeitlichen Entwicklungen (Globalisierung) wirken mit ihren *Vermarktlichungstendenzen* krisenverschärfend auf die Kultur ein, wo die staatlichen Politikbetriebe ihre Nichtzuständigkeit erklären, aber die nicht-staatlichen Mittel der innovativen Krisenbewältigung ebenfalls versagen: *Marktversagen* einerseits; *Grenzen therapeutischer Praxis* in Familie, Intimbeziehungen und Einrichtungen professionalisierter Hilfe (Konsum-Unlust als Anzeichen kollektiver Depression; Konsum-Sucht als eine von vielen Formen gesellschaftlich induzierter Defizitreaktion) andererseits.

c) Bezogen auf die Reserven, die von der Bürgerkultur mobilisiert werden können, um den politischen Krisendruck innovativ zu wenden (demokratische Autonomiesicherung), ist eine *konsumkulturelle Durchdringung der Öffentlichkeit* zu konstatieren (Werbung und Marketing nehmen die Kulturvermittlung in ihre Hände und ästhetisieren politische Wertfragen, vgl. Koppetsch 2004). Es sind aber auch *Infrastrukturen* vorhanden, die neue Formen der kommunikativen Vernetzung von Konsument(inn)en ermöglichen (Internet als Infrastruktur des „Consumer-Citizen“), und es sind *Reste autonomer Öffentlichkeiten* mobilisierbar, die das Fragmentarische der Konsumkultur kritisch aufgreifen („Culture Jamming“, „No Logo!“).

Tabelle 2: Gesellschaftliche Krisenkonstellation und politische Innovationsverpflichtung in der fortgeschrittenen Moderne

<p>Politische Krisenkonstellation der „erweiterten liberalen Moderne“ (P. Wagner; B. Peters)</p>	<p>verfügbare Gestaltungsmittel im Medium des Rechts (exemplarisch: Anrechte, Vertrag, Verwaltung)</p>	<p>Unverfügbarkeiten der institutionellen Entwicklungsdynamik (exemplarisch: globale Finanzwirtschaft)</p>	<p>Unverfügbarkeiten der kulturellen Geltungslogik (exemplarisch: Probleme der Identitätsbildung)</p>
<p>Innovationsverpflichtung (hier: Ligaturen der Grünen, 1980er)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>Schließung durch Wertegeneralisierung („Third Way“ + Grüne, 1990er)</p>	<p>„links“ (Reformwille in der Tradition der Arbeiterbewegung)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>sozial gerechte Institutionenordnung</p>	<p>„ökologisch“ (Wachstumskritik und Fortschritts-skepsis)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>nachhaltige Entwicklung</p>	<p>„libertär“ (Autonomieansprüche der neuen Bewegungskultur)</p> <p style="text-align: center;">↓</p> <p>zivile Bürgerkultur (demokratische Autonomiesicherung)</p>
<p><u>Kritische Theorie:</u> Professionalisierungstheoretischer Reflexionshorizont (versachlichtes Charisma / Rationalitätsstandards)</p> <p style="text-align: center;">↕</p> <p>Gegenhorizont: Neue Ökonomien der Macht; Regierungstechniken (Foucault)</p>	<p>Rechtspflege (Problemfokus: kollektive Ordnung / Vermittlung formaler + materialer Rationalität in advokatorischen Verfahren)</p> <p style="text-align: center;">↕</p> <p>Herrschaft im „Gerechtigkeitsstaat“ (Fokus: Gesetze / Dispositiv: Souveränität)</p>	<p>Wissenschaft / Kunst (Problemfokus: methodische Erkenntnisgewinnung / Zukunftsfähigkeit durch Prophylaxe)</p> <p style="text-align: center;">↕</p> <p>Gouvernementale Führung im „Regierungsstaat“ (Fokus: bevölkerungsstatist. Regelmäßigkeit/Dispositiv: Sicherheit)</p>	<p>Therapie (Problemfokus: Gefährdung von personaler Autonomie + Integrität / biographische Krisenbewältigung im Arbeitsbündnis)</p> <p style="text-align: center;">↕</p> <p>Disziplin im „Verwaltungsstaat“ (Fokus: Techniken des Selbst / Dispositiv: Subjekt)</p>

Literatur:

- Bourdieu, Pierre (1988): *Homo academicus*. Frankfurt/Main.
- Foucault, Michel (2000): Die „Gouvernementalität“. In: Bröckling, U./ Krasmann, S./ Lemke, Th. (Hrsg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 41-67.
- Giddens, Anthony (1996): *The Labour Party and British Politics*. In: ders.: *In Defence of Sociology. Essays, Interpretations and Rejoinders*. Oxford: 240-271.
- Giddens, Anthony (1998): *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*. Oxford.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt/M.
- Kitschelt, Herbert (1989): *The Logics of Party Formation. Ecological Politics in Belgium and West Germany*. Ithaca, N. Y.
- Lamla, Jörn (1998): *Grüne Professionalisierungsansätze. Perspektiven für den reformpolitischen Kernbestand der neuen Regierungspartei*. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 11, H. 4: 9-19.
- Lamla, Jörn (2002): *Grüne Politik zwischen Macht und Moral*. Frankfurt/Main; New York.
- Lamla, Jörn (2003a): *Anthony Giddens*. Frankfurt/Main; New York.
- Lamla, Jörn (2003b): *Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit – Zivilität. Politische Moral in der fortgeschrittenen Moderne: Das Beispiel der Grünen*. In: Junge, M. (Hrsg.): *Macht und Moral. Beiträge zur Dekonstruktion der Moral*. Wiesbaden 2003, S. 211-234.
- Lamla, Jörn/Neckel, Sighard (2003): *Das Praktische und das Symbolische der Politik. Am Beispiel politischer Konstruktionen von Ethnizität*. In: Nassehi, A.; Schroer, M. (Hrsg.): *Der Begriff des Politischen. Soziale Welt, Sonderband 14*. Baden-Baden 2003, S. 619-637.
- Leggewie, Claus (1994): *Politische Kreativität*. In: *Wozu Politikwissenschaft?*. Hrsg.: C. Leggewie. Darmstadt: 3-18.
- Oevermann, Ulrich (1991): *Genetischer Strukturalismus und das sozialwissenschaftliche Problem der Erklärung der Entstehung des Neuen*. In: *Jenseits der Utopie*. Hrsg.: S. Müller-Doohm. Frankfurt/M.: 267-336.
- Oevermann, Ulrich (1997): *Theoretische Skizze einer revidierten Theorie professionellen Handelns*. In: *Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns*. 2. Aufl. Hrsg.: A. Combe; W. Helsper. Frankfurt/M.: 70-182.
- Peters, Bernhard (1991): *Rationalität, Recht und Gesellschaft*. Frankfurt/M.
- Raschke, Joachim (1995): *Das Selbstverständnis der Grünen in einer sich verändernden Gesellschaft*. In: *Reader zum Strategie-Kongreß, Bündnis 90/Die Grünen, Ms.* Bonn: 2-10.
- Seyfarth, Constans (1989): *Über Max Webers Beitrag zur Theorie professionellen beruflichen Handelns, zugleich eine Vorstudie zum Verständnis einer Soziologie der Praxis*. In: *Max Weber heute*. Hrsg.: J. Weiß. Frankfurt/M.: 371-405.
- Wagner, Peter (1995): *Soziologie der Moderne*. Frankfurt/M.; New York.